A4 Grüne FfM gegen Antisemitismus

Antragsteller*in: Petra-Carmen Weber

Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

Antragstext

1 Wir positionieren uns als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frankfurt gegen jeden
2 Antisemitismus und bekennen uns zum Existenzrecht Israels. Dabei ist
3 Antizionismus nur ein neuer Name bzw. eine moderne Form des Antisemitismus. Der
4 Zionismus spiegelte den Wunsch vieler Jüdinnen und Juden wider nach den 2000
5 Jahren in der Diaspora, die geprägt war von Diskriminierung, Entrechtung,
6 Verfolgung und Ermordung, in der Region ihrer Vorfahr* innen eine sichere
7 Heimstätte zu bilden.

8 Aus dem Grundsatz folgt: Wir kooperieren als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frankfurt
9 nicht mit Organisationen und Gruppierungen, die diese Grundsätze in Frage
10 stellen bzw. ablehnen und bekämpfen. Wir rufen alle Menschen in Frankfurt dazu
11 auf, gemeinsam und solidarisch an der Seite unserer jüdischen Freundinnen und
12 Freunde zu stehen. Wer Hass auf Israel oder Jüdinnen und Juden säht, soll die
13 ganze Härte des Rechtsstaats zu spüren bekommen. Wir werden in unserer Stadt
14 immer die offene, vielfältige Gesellschaft verteidigen. Es ist unsere
15 Verantwortung, allen entgegenzutreten, die sich auf die Seite des Terrors und
16 der Menschenfeindlichkeit stellen. Es ist unsere Verantwortung, gegen Israel-
17 Hass und Antisemitismus vorzugehen. Nie wieder ist jetzt!

18 In der Stadtpolitik setzen wir uns dafür ein, dass auf allen Ebenen und in allen
19 Prozessen diese Grundsätze gelten, wie in der Zusammenarbeit mit der
20 Zivilgesellschaft. Wir unterstützen die Stadt Frankfurt dabei, dass alle
21 rechtlichen Rahmenbedingungen ausgeschöpft werden, dass städtische, und
22 öffentliche Plätze etc. nicht zu antisemitischen Hassproklamationen missbraucht
23 werden

24 Wir setzen uns dafür ein, dass das „islamische Zentrum“ in Frankfurt geschlossen
25 wird. In Zusammenarbeit mit dem Bundesnachrichtendienst soll sichergestellt
26 werden, dass Antisemiten aus anderen Ländern der Welt sich nicht in Frankfurt
27 neu organisieren oder diese Stadt zur Rekrutierung nutzen können. In
28 Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz müssen Konzepte gegen Personenkreise
29 entwickelt werden, die bereits dauerhaft hier leben und antisemitisch agitieren.
30 Der Schutz und das Leben der jüdischen Gemeinde hat absolute Priorität in der

31 Sicherheitspolitik. Es gibt keinerlei Toleranz und falsches Verständnis
32 gegenüber antisemitischen Straftaten und Straftäter*innen gleich und unabhängig
33 von jeglichen Eigenheiten wie Herkunft oder Religion, etc. Hingegen setzen wir
34 uns dafür ein, dass zielgruppenspezifisch in die Milieus geschaut wird, um mit
35 Aufklärungskampagnen gegen antisemitische Stereotypen und Narrative zu arbeiten.
36 Hierzu müssen Kommunal-, Landes- und Bundesebene effektiv zusammenarbeiten. Hier
37 begrüßen wir, dass 2022 unter Grüner Regierungspolitik eine „Meldestelle gegen
38 Antisemitismus“ geschaffen wurde. Die Präventionsarbeit des RIAS und des
39 Hessischen Informations- und Kompetenzzentrums gegen Extremismus sollen dabei
40 stark eingebunden und unterstützt werden. Dabei soll auch evaluiert werden,
41 welche Medien mit extremistischen Inhalten Menschen in Deutschland zum Ziel
42 haben, die aufgrund der Sprachbarrieren der Mehrheitsgesellschaft häufig nicht
43 erkannt werden.

44 Gleichzeitig muss dies auch in Kooperation mit den Jugendeinrichtungen und
45 Sportvereinigungen passieren. Der Bericht der Recherche- und Informationsstelle
46 Antisemitismus Hessen (RIAS Hessen) muss auch jährlich für Frankfurt ausgewertet
47 werden, wie sich antisemitische Straftaten und wie sich Einstellungen entwickelt
48 haben und darauf basierend Handlungsempfehlungen angepasst und weiterentwickelt
49 werden,

50 Die Städtepartnerschaft mit Tel-Aviv soll ausgebaut und Programme zum
51 gemeinsamen Austausch etc. entwickelt werden. Hingegen müssen die
52 Städtepartnerschaften mit Kairo und Dubai auf den Prüfstand gestellt werden, da
53 diese sich nicht in Demokratien befinden und nicht demokratisch regiert werden
54 und diese zudem das Existenzrecht Israels nicht anerkennen. Allerdings stellen
55 wir uns gegen eine Agitation, die Muslime allein als Schuldige für
56 Antisemitismus ausmacht, um damit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu
57 legitimieren. Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus stehen in
58 gleichem Masse gegen die grünen Wertvorstellungen und werden gleichermaßen
59 abgelehnt und bekämpft.

60 Wir lehnen Antisemitismus überall ab, das heißt nicht nur den stark ausgeprägten
61 Antisemitismus in der rechtsextremen Szene und in der islamistischen Szene,
62 sondern auch den, der in der linksextremen Szene häufig vorkommt, oder sich als
63 „Friedensbewegung“ verkleidet. Es ist uns bewusst, dass Antisemitismus in allen
64 Teilen der Gesellschaft vorkommt – auch im linkspolitischen Spektrum, z.B.
65 getarnt als Kampf gegen den Imperialismus oder Kolonialismus. Antisemitismus
66 muss in allen seinen Erscheinungsformen gleichermaßen bearbeitet und erkannt
67 werden: ob sekundär, israelbezogen, verschwörungstheoretisch oder sonst wie:
68 Antisemitismus bleibt Antisemitismus. Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frankfurt zeigen
69 wir, dass Antisemitismus auch im linkspolitischen Spektrum keinen Platz hat.

70 Dazu arbeiten wir auch an unserer eigenen Geschichte selbstkritisch, um damit
71 auch ein Vorreiter*innen-Rolle zu spielen. Dazu fordern wir den Bundesverband

72 auf, wie zur Pädophilie-Debatte, die Geschichte des Antisemitismus in den 70ern
73 und 80ern der Grünen Bewegung extern und unabhängig aufarbeiten zu lassen. Auch
74 müssen Anlaufstellen für gegebenenfalls Betroffene geschaffen werden. Zusammen
75 mit künftigen Antisemitismus-Beauftragten im Kreisverband setzen wir uns dafür
76 ein, für strukturelle Bildungsarbeit im Kreisverband, insbesondere um auch den
77 latenten und strukturell schwer fassbaren Antisemitismus erkennbar zu machen.
78 Wir wünschen uns, dass bei den Grünen deutschlandweit Anti -
79 Diskriminierungsstrukturen aufgebaut werden, die sich insbesondere auch mit
80 Antisemitismus befassen.